



Leinfelden-Echterdingen – wo sonst.

**Stabsstelle für
Grundsatzangelegenheiten,
Öffentlichkeitsarbeit und
Stadtmarketing**

Marktplatz 1
70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon (0711) 1600-240
Telefax (0711) 1600-269

Pressemitteilung

der Großen Kreisstadt Leinfelden-Echterdingen, 28.10.2016

SPD-Fraktion (Stadtrat Erich Klauser)

„Haushaltsdisziplin auf das Machbare ist angesagt“

Wir haben unser Ziel erreicht. Die Verabschiedung des Haushaltplanes für das Jahr 2017 kann noch im laufenden alten Jahr erfolgen.

Damit können die politisch vorgegebenen Projekte und Aufgaben gleich zu Beginn des neuen Haushaltsjahres und nicht – wie in der Vergangenheit – erst mit einer zeitlichen Verzögerung von meist mehr als einem Quartal angefangen und umgesetzt werden. Was ja dann auch meist nicht nur zu einer späteren Fertigstellung und Inbetriebnahme von Projekten und Einrichtungen, sondern auch zu den ärgerlichen Haushaltsresten am Ende einer Jahres führte. Deshalb ist die frühzeitige Befassung mit dem kommenden Haushaltsjahr richtig und gut. Was wir allerdings nicht bedacht haben, ist die zeitliche Inanspruchnahme des Ehrenamtes, also von uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Mussten wir doch in der ohnehin schon kurzen Zeit neben zahlreichen Terminen und Veranstaltungen, den nicht gerade leichten Entscheidungen, die laufend getroffen werden müssen, auch noch die 541 Doppel-Seiten des Haushaltsplanentwurfes der Stadt, der Stadtwerke, der Vertriebs GmbH sowie des Wirtschaftsplans der Filderhalle GmbH lesen und bewerten.

Leinfelden-Echterdingen entwickelt sich sehr dynamisch. An vielen Stellen unserer Stadt wird gebaut und gewerkelt. Als Stadt im Ballungsraum stehen wir stets vor großen Herausforderungen, die durch Verwaltung und Gemeinderat zu bewältigen sind. Nicht zuletzt auch die Umstellung von der kameralistischen Haushaltsführung zu Doppik mit ihren Vor- und Nachteilen.

Der vorliegende Entwurf ist nun der dritte Plan nach NHKR, der eine größere Transparenz der Kosten sowohl dem Gemeinderat, der Verwaltung als auch der Bevölkerung ermöglicht. Einzelne Kostenblöcke haben wir zwischenzeitlich auch gründlich durchleuchtet, dazu später mehr.

Zunächst zu den Investitionsschwerpunkten des kommenden Jahres:

Diese Schwerpunkte umfassen den Brandschutz, die Verbesserung des ÖPNV (Verlängerung U5 bis zur Markomannenstraße), den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und der Schulen, die Sanierungen von Gebäuden, Straßen, die konsequente Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, den Neubau der Turn- und Festhalle Musberg, die Erweiterung der Filderhalle, sowie große Summen für Grunderwerb und für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen.

Gerade die Aufgabe den aus Kriegsgebieten geflohenen Menschen zu helfen, fordert die Kommunen und unsere Gesellschaft in besonderem Maße. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und für die vielen Spenden aus der Bevölkerung.

Wir haben auch Verständnis für die Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern. Wir nehmen diese Sorgen ernst. Aber, diese Aufgabe nimmt uns niemand ab, wir müssen den Menschen, die hier angekommen sind, eine – zumindest vorübergehende – Unterbringung zur Verfügung stellen.

Wir sind dankbar dafür, dass der Gemeinderat die bisher notwendigen Entscheidungen mit großer

Sorgfalt und Geschlossenheit getroffen hat. Wir appellieren an dieser Stelle nochmals eindringlich an die Bevölkerung leerstehende Häuser oder Wohnungen an die Stadt für zwei Jahre zu vermieten, damit wir die größte Not lindern können.

Haushaltsentwicklung: Quo Vadis LE?

Auch ohne die angesprochene Zusatzaufgabe, die unsere durch die Unterbringung von Flüchtlingen entsteht, bleibt festzuhalten, dass der laufende Betrieb nicht genügend freie Mittel zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen erwirtschaftet.

Warum schaffen wir nicht, was wir uns vornehmen?

In den vergangenen Jahren haben wir mehr auf den Weg gebracht oder besser gesagt bringen wollen, als dann tatsächlich abgearbeitet werden konnte. Das lag zum einen an zu wenig Kapazität in der Verwaltung, an Engpässen im Bau- und Ausbaugewerbe oder unvorhergesehenen Schwierigkeiten. So sind laut jetzt vorliegenden Zahlen im Jahre 2014 nur rund 1/3 der bereitgestellten Mittel abgeflossen, 2/3 davon in dieses oder die nächsten Jahre verschoben worden.

Wir begrüßen deshalb die Absicht der Verwaltung, das Investitionsprogramm im kommenden Jahr deutlich abzuspecken. Haushaltsdisziplin auf das Machbare ist angesagt. Es ist uns klar, dass viele wichtige Projekte anstehen und auf ihre Umsetzung warten. Es macht jedoch keinen Sinn, dafür Mittel im Haushalt bereitzustellen, die dann im Haushaltsjahr aus Kapazitätsgründen nicht abfließen. Eine realistische Zeitschiene, vorzugsweise durch eine vom Gemeinderat laufend aktualisierte Prioritätenliste hinterlegt, halten wir für erforderlich.

Gründlichkeit vor Schnelligkeit

Bei vielen Projekten hat es sich auch im wahrsten Sinne des Wortes als lohnenswert herausgestellt, wenn eine Planung ausführlich beraten und eine gründliche Untersuchung erfolgt, die alle Kostenrisiken erkennt und benennt und ggf. Alternativen aufzeigt werden.

Erhalten und gestalten

Das neue Haushaltsrecht engt unseren Spielraum ein. Das ist per se nicht schlecht. Zwingt es uns doch, die Folgekosten nicht nur mit zu bedenken, nein auch mit einzurechnen. So wird der Posten der Abschreibungen von rund 3 Millionen Euro p.a. im Mittel der letzten 20 Jahre in Zukunft um den Faktor 3 – nämlich auf 9 Millionen Euro p.a. ansteigen.

Diese 9 Millionen Euro müssen erwirtschaftet werden, denn nur dann kann dauerhaft investiert, die kommunale Infrastruktur erhalten und wo notwendig ergänzt und ausgebaut werden.

Es ist deshalb unumgänglich, Ausgabendisziplin zu wahren, Kostenkontrolle durchzuführen und verantwortungsvoll zu handeln.

Dies ist uns auch deshalb wichtig, weil wir angesichts der Aufgabenfülle nicht drumrum kommen, die von der Verwaltung vorgeschlagenen Steuern zu erhöhen. Es handelt sich um die Gewerbesteuer, die um 10 Punkte auf 390 Punkte angehoben wird. Die Grundsteuer A, also die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke und die Grundsteuer B, für die bebauten Grundstücke bzw. brach liegende Bauplätze jeweils auch um 10 also dann auf 310 bzw. 380 Punkte steigen.

Leinfelden-Echterdingen liegt damit immer noch teilweise weit unter den Hebesätzen der Städte und Gemeinden im Umfeld unserer Stadt. Viele Gemeinden, die bereits höhere Sätze veranschlagen, werden diese nochmals anheben müssen.

Wie eng unser finanzieller Spielraum aktuell ist, wurde in diesen Tagen ersichtlich. Kalkuliert wurde mit einer Kreisumlage in Höhe von 33,1 % (nach 32,5 % im Vorjahr). Diese Annahme könnte Makulatur sein, da die Kreisverwaltung einen höheren Umlagesatz vorschlägt. Wir müssen davon ausgehen, so OB Klenk in seinem Schreiben vom 4. Oktober, dass „der geringe Überschuss des Ergebnishaushalts für das Jahr 2017 von 505.040 Euro damit aufgezehrt ist“. Nochmals: Selbst wenn es bei den eingeplanten 33,1 % bleiben würde, ist nach dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans nur ein erwirtschafteter Überschuss von 505.000 Euro zu erwarten.

Das zeigt überdeutlich auf, dass unser Spielraum gering ist und in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach kein positives Ergebnis erwirtschaftet werden kann. D. h., wenn unsere Rücklagen aufgebraucht sind, müssen wir in die Verschuldung gehen, was aber auf Grund der Verschuldungsbremse nur in einem sehr überschaubaren Rahmen stattfinden kann.

Den steigenden Ausgaben stehen neben den zu beschließenden Steuer- und Gebührenerhöhungen Zuschüsse des Bundes bzw. des Landes in Aussicht. So werden den Kommunal финанzen ab dem Jahre 2018 zusätzliche Umsatzsteuerpunkte zufließen. Da dieser Umsatzsteuertopf dynamisch ist und LE zu den kaufkräftigsten Kommunen gehört, dürfte hier eine – wenn auch – geringe Entlastung zu erwarten sein.

Es sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, dass wir in mehreren Klausurtagungen die vorliegende Investitionsliste radikal zusammenstreichen mussten. Dort sind auch Projekte gestrichen bzw. zeitlich nach hinten verschoben worden, deren Realisierung jedoch notwendig werden wird. Wir warnen deshalb davor, immer neue Vorstellungen zu entwickeln, deren Umsetzung mehr als fraglich, vielleicht gar nicht gewünscht oder angesagt ist oder aber anderes noch mehr in die Zukunft zu schieben. Ob dies dann so durchgehalten werden kann, sollten wir in jedem Falle mit bedenken. Oder wie im jüngsten Fall, der Sport und Festhalle Musberg, wo die Kosten weit über dem ursprünglichen Ansatz liegen, so dass die Finanzierung anderer Projekte fraglich wird.

Gerade der Oberbürgermeister und damit auch die Verwaltung muss hier eine gewisse Selbstkontrolle durchführen. Planungen sind, wie bereits ausgeführt, richtig und wichtig. Was sollen aber Planungsaufträge für Dinge, die wir dann vielleicht in 8, 10 oder 20 Jahren finanziell umsetzen können?

Wohnungsbau

Bei all den Projekten auf der Investitionsliste vermissen wir noch immer die politische Weichenstellung für die Bereitstellung von bezahlbaren Wohnungen. Erste Schritte bei der Baulandentwicklung sind eingeleitet.

Wir brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum für die einheimische Bevölkerung sowie für Menschen, die aus den Mitgliedsstaaten der EU zu uns kommen, hier leben und arbeiten und ihre Steuern bezahlen.

Bei fast jedem Besuch bei den hier ansässigen Unternehmen hören wir von den Problemen, dass nicht genügend Facharbeitskräfte zur Verfügung stehen und viele sich hier nicht bewerben, weil der Wohnraum zu teuer ist. Wollen wir, dass Betriebe deshalb wegziehen und damit auch Arbeitsplätze verlagert werden? Wir müssen uns dieser Aufgabe stellen. Wir sind deshalb auf eine zügige Baulanderschließung mit den angedachten Instrumenten angewiesen und hoffen sehr, dass der vorgesehene Weg bei den Umlegungsverfahren zum Erfolg führt.

In städtischem Eigentum sind aktuell nur rund 190 Wohnungen. Das ist für die Größe unserer Stadt nicht viel, ja sogar ausgesprochen wenig. Gerade deshalb wollen wir Sozialdemokraten zügig über die Gründung einer eigenen städtischen Wohnbaugesellschaft verhandeln und die Chancen ausloten, wie denn eine interkommunale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ausgestaltet werden kann. Die Unterversorgung mit Wohnraum kann aber nur durch gemeinsame Anstrengungen, auch durch steuerliche Anreize durch den Gesetzgeber, gelöst werden.

Ausbau ÖPNV

Für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs nimmt nicht nur die Region Stuttgart und der Landkreis Esslingen viel Geld in die Hand, nein, auch im Haushalt unserer Stadt schlägt sich das Engagement mit hohen Summen nieder.

Die Verlängerung der U5 bis zur Markomannenstraße, später hoffentlich auch bis Echterdingen-Mitte, die Anbindung von Messe und Flughafen an die verlängerte U6, die Weiterführung der S-Bahn bis Neuhausen/Filder sind Bausteine für einen vernünftigen ÖPNV.

Mit einer Erweiterung des Busliniennetzes, weiteren Haltestellen sowie Schnellverbindungen zwischen den Stadtteilen wird ein neues attraktives Angebot zur Verfügung gestellt. Hier danken wir allen Beteiligten für die gefundenen Lösungen.

Ein Blick auf die Personalkostenentwicklung

Die Personalkosten steigen, nicht nur wegen der jährlichen Tarifierhöhungen, sondern zu einem großen Teil durch zusätzliche Aufgabenbereiche. Dieser Kostenblock beträgt rund ein Viertel der Aufwendungen im Ergebnishaushalt. Das ist an sich logisch, handelt es sich bei einer Stadt ja zunächst auch um ein Dienstleistungsunternehmen für seine Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Personal ist nicht nur bei der Kinderbetreuung – aber hier besonders – erforderlich, sondern auch in der sogenannten Kernverwaltung, also sowohl im Baurechtsamt, der Bauverwaltung als auch im Ordnungs- und Bürgeramt, um nur einige Bereiche zu nennen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten heute ein umfassendes Dienstleistungsangebot und individuelle Lösungen. So sind z. B. die Anforderungen bzw. Vorstellung der Bürgerinnen und Bürger an den

polizeilichen Vollzugsdienst so groß, dass das Personal fast verdoppelt werden müsste. Nicht zu vergessen sei in diesem Zusammenhang, dass LE den Landesflughafen und die Landesmesse auf seiner Gemarkung hat und in vielen Bereichen auch dafür zuständig ist. Trotzdem liegen wir im zugegebenermaßen immer auch etwas hinkenden Vergleich mit dem Anteil der Personalkosten im Verhältnis mit der Bevölkerungszahl erst auf dem 17. Platz der Kommunen in der Region Stuttgart. Da es in den öffentlichen Bereichen auch immer schwieriger wird, gutes Personal zu finden, muss unser Augenmerk nicht nur bei der Findung von Personal liegen, sondern auch bei der Qualifizierung und Weiterbildung.

Sozial verträgliche Gebühren

Kritisch sehen wir die ständigen Erhöhungen bei den Kindergartengebühren. Wenn wir schon ständig davon reden, dass Wohnen in unserer Stadt sehr teuer ist, können wir andererseits gerade den Familien nicht ständig in die Tasche greifen.

Die Kalkulation der Bestattungsgebühren ist in einem umfangreichen Werk transparent dargelegt worden. Trotz teilweise deutlicher Erhöhung der Gebühren ist der Kostendeckungsgrad nur bei knapp 60 % der Gesamtkosten für die Aufwendungen der Friedhöfe und deren Einrichtungen (Aussegnungshallen etc.).

In den vergangenen Monaten wurden auch die Nutzungsentgelte für Sport-, Kultur,- und andere Veranstaltungseinrichtungen unter die Lupe genommen.

Die SPD sieht in den vielfältigen sportlichen, kulturellen und gemeinnützigen Aktivitäten der Vereine und Organisationen in unserer Stadt eine wichtige und unterstützungswerte Arbeit für die Gesellschaft. Um diese auch in Zukunft fördern und unterstützen zu können, haben wir uns dafür eingesetzt, hier die Besonderheiten zu beachten und die gemeinnützigen Tätigkeiten durch tragbare Nutzergebühren zu unterstützen.

Von der Bevölkerung wird unsere Stadt auch und gerade wegen des vielfältigen kulturellen und sportlichen Angebotes sehr geschätzt und gelobt. Wir freuen uns auch darüber, dass eine kritische Befassung mit der VHS LE, deren Qualität, deren Engagement und die dadurch erreichte hohe Nutzerzahl in den Fokus gerückt und zu einem positiven Ergebnis geführt hat.

Vor wenigen Tagen konnte das 38. Krautfest in unserer Stadt gefeiert werden. Bei schönstem Herbstwetter war es wieder einmal ein toller Erfolg und unsere Stadt zeigt sich mit der schönsten Seite der Filder. Aber dies alles ist nur möglich, weil wir starke Vereine und Organisationen haben, weil ein großer Zusammenhalt da ist, der – und das ist unsere Meinung –, auch gepflegt werden muss.

Nachdem nun Sport und Kultur auf Kosteneffizienz geprüft worden sind, wollen wir uns einem anderen hohen Kostenfaktor beschäftigen.

Die Stadt lässt sich den Bereich Wirtschaftsförderung, Tourismus und Stadtmarketing einiges kosten. Nach unserer Auffassung ist der ausgewiesene Nettoressourcenbedarf, wie der Abmangel so schön heißt, mit fast zwei Millionen Euro viel zu hoch. Wir möchten, dass dieser Bereich ebenso unter die Lupe genommen wird wie dies in anderen Bereichen geschehen ist.

Stadtwerke

Die städtischen Eigenbetriebe entwickeln sich planmäßig und erwirtschaften über alle Geschäftsbereiche hinweg ein positives Ergebnis von 93.000 Euro. Die Investitionen dienen der Daseinsfürsorge wie Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung mit dem Ausbau des Kanalnetzes und dem Betrieb der Kläranlagen, dem allgemeinen Baubetrieb, den Parkierungsanlagen und dem Ausbau des Glasfasernetzes.

Die erfreuliche Nachricht an uns Verbraucherinnen und Verbraucher: die Wasserbezugsgebühren bleiben gleich, die Schmutzwassergebühr wird um 1 Cent p. m³ erhöht und lediglich die Niederschlagswassergebühr muss um 5 Cent p. m³ erhöht werden. Dies wäre dann die erste Erhöhung seit 2012.

Schuldenentwicklung

Den hohen Investitionen und Vorleistungen z. B. im Ausbau des Glasfasernetzes ist der hohe Schuldenstand der Stadtwerke geschuldet. Dieser beträgt zum 31.12.2016 mehr als 49 Mio. Euro. Dem steht zwar ein Anlagevermögen dagegen, trotzdem ist die Entwicklung kritisch zu begleiten, denn diese Entwicklung macht uns Sorge.

Eine Anhebung der Kreditzinsen würde sich schließlich auf die Gebühren auswirken. Wir reklamieren deshalb nochmals, die Jahresabschlüsse zeitnahe vorzulegen.

Zu den Abschlüssen der Vertriebsgesellschaft und der Filderhalle werden wir im zuständigen Ausschuss Stellung beziehen.

Das Jahr 2016 war für uns alle eine besondere Herausforderung. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit zum Wohle unserer Stadt und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.

Anträge

- Sanierung Rathaus Echterdingen: Handelt es sich bei den eingestellten 200.000 Euro um eine Planungsrate oder erste Baumaßnahmen? Frage: Was soll saniert und/oder energetisch verbessert werden. Planung ist dem Technischen Ausschuss (TA) vorzulegen: Prüfung Förderung Sanierungsgebiet bzw. Energieeinsparung (EEG)
- Investitionen in Bestandsgebäude Wohnungen Im Wälde 33, 35, 37: Zur Substanzerhaltung dringend erforderlich. Gespräche zeitnah mit der Wohnbaugesellschaft führen und Zeitplan einfordern. Welche Belegungsrechte hat die Stadt?
- Was verbirgt sich hinter den Investitionen für Amt 10 im Haushaltsjahr 2017 und den fortfolgenden Jahren?
- Erwerb und Verkauf von unbebauten Grundstücken, Realisierung der Einnahmen im Jahr 2017 in vollem Umfang unrealistisch, Grundsatzbeschluss liegt z. T. noch nicht vor (z. B. Ungerhaldenweg)
- Grundstücksmanagement: Ausgaben, Ansatz mit Zielvorstellungen nicht vereinbar. Höherer Betrag erforderlich. Welche Mittel sind in den beiden Vorjahren abgeflossen. Bereits bereitgestellte Mittel müssen auf die künftigen Jahre vorgetragen werden.

- Erneuerung der Heizanlage Lindachschule: Was muss gemacht werden?
- Inklusion und Sanierung LUS: Wie entwickelt sich diese Schule. Aktuelle Schülerzahlen?
Bericht im VKS
- Maßnahmen Mobilitätskonzept: Einzelmaßnahmen sind im TA zu beschließen. Prioritätsliste erforderlich, da Mittel hierfür nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen.
- Verbreiterung Dieselstraße: Wie weit sind die Planungen und der evtl. notwendige Grunderwerb?
- Sanierung der Stadionstraße in den Mittelfristigen Haushaltsplan einstellen. Kurzfristig den fehlenden Fußgängerübergang in der Stadionstraße anbringen.
- Erweiterung Sternkinderhaus in Echterdingen zeitnah notwendig, da im Ortsteil Echterdingen keine freien Kita-Plätze mehr vorhanden sind. Einstellung einer Planungsrate zwingend.
- Keine Beträge für den Neubau/Sanierung Hallenbad Leinfelden in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen. Warum?
- Turn- und Festhalle Musberg: Gesamtsumme durch Planungsergebnis nicht mehr realistisch. Finanzierungsvorschlag fehlt.